



Abschied mit System

Schröder-Regierung kündigt weiteren Sozialabbau und Rentenkürzung an

Mit einer spektakulären Aktion hat ATTAC gegen den massiven Sozialabbau der Bundesregierung protestiert. Aktivisten des globalisierungskritischen Netzwerks erhängten am Donnerstag den 14.8.03 symbolisch »den Sozialstaat« auf dem Dach des Berliner Willy-Brandt-Hauses, der SPD-Parteizentrale. Einen Tag nach dem Kabinettsbeschluss vom 13.8.03 zum Vorziehen der Steuerreform, der Umgestaltung der Gemeindefinanzen sowie der im Hartz-Konzept enthaltenen Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe und den Strukturveränderungen bei der Bundesanstalt für Arbeit erklärten die Aktivisten, diese »Reformen« gingen insbesondere zu Lasten der sozial

Schwachen. Die »Steuerreform für Besserverdienende begünstigt lediglich die Reichen und nimmt dem Sozialstaat weitere Mittel weg«, kritisierte ATTAC-Aktivist Nico Wehmann.

Die »Agenda 2010« ist ein weiterer Baustein des neoliberalen Trends der Umverteilung von unten nach oben, monierten die Globalisierungskritiker. Die Bundesregierung lügt, wenn sie behauptet, dass diese Kürzungen unvermeidlich sind. Es ist genug Geld zur Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme vorhanden, dies ist lediglich ungerecht verteilt.

Die Totengräber des Sozialstaats schlafen unterdessen nicht:

Bundesfinanzminister Hans Eichel (SPD) kündigte ebenfalls am 14.8.03

weitere Einschnitte bei Subventionen und Finanzhilfen noch über das vom Kabinett verabschiedete Maß hinaus an. »Was wir wegnehmen, ist nicht das Ende der Fahnenstange«, sagte er vor der Presse in Berlin.

Auch eine weitere Rentenkürzung steht auf der Tagesordnung der Sozialabbauer:

Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD) erklärte am 14.8. im Sender N 2 4 :

»Auch die älteren Menschen werden ihre Ansprüche zurücknehmen müssen«. Es werde keine Rentenzuwächse im bisherigen Maße mehr geben. »Das kann bedeuten, dass man für etliche Jahre nicht mit Zuwächsen rechnen kann«, erläuterte der Kanzler. Im Klartext: Die Realrenten werden gekürzt.



Scharf reagierte der Sozialverband Deutschland (SoVD) auf den angekündigten »Rentenklaue«.

»Der Bundeszuschuss ist kein Almosen des Staates an die Rentenversicherung, sondern neben den Sozialbeiträgen die dritte wichtige Finanzierungssäule«, betonte SoVD-Präsident Peter Vetter in Berlin. Ohne einen verlässlichen Bundeszuschuss sei eine verlässliche Rentenpolitik nicht möglich. »Man hat fast den Eindruck, dass die Bundesregierung die Rentenversicherung absichtlich gegen die Wand fahren will«, so Vetter.

Der Regierung auf die Füße treten:

zentrale Demo am 1. Nov. 03 in Berlin

Auch linke Gewerkschafter (u.a. der Chemiekreis, die Belegschaftsliste, das Netzwerk zur Verknüpfung der Gewerkschaftslinken etc.) und ATTAC-Aktivisten wollen den Kahlschlag nicht akzeptieren.

Fortsetzung auf Seite 3 -->

Bayer wälzt Kosten auf die kommunale Allgemeinheit ab:

Werksfeuerwehr an die Stadt, Werkskläranlage an den Wupperverband

Die Hiobsbotschaft erreichte die Beschäftigten der Berufsfeuerwehr von Bayer unvorbereitet. Der Werksleiter von Bayer, von der Linden, und der Wuppertaler Feuerwehrchef Blättle hatten unter Ausschluss der Betroffenen, der Öffentlichkeit und des zuständigen Regierungspräsidenten in Düsseldorf in den letzten Monaten eine weitreichende Planung vorangetrieben.

Vorgesehen ist nach diesem Szenario, dass die Freiwillige Feuerwehr Sonnborn geschlossen wird. Die Freiwillige Feuerwehr in Vohwinkel wird personell

etwas aufgestockt und bekommt einen erweiterten Einsatzbereich. Die Bayer AG gibt ihre Berufsfeuerwehr bis auf zwei Planstellen (notwendige werksinterne Tätigkeiten) an die städtische Feuerwehr ab. Diese übernimmt einen Teil der heute bei Bayer beschäftigten Feuerwehrleute, der Rest soll »sozialverträglich« abgebaut oder untergebracht werden und bedient vom heutigen Standort im Bayerwerk an der Wupper außer dem Werk selber die umliegenden Wohngebiete

Fortsetzung auf der nächsten Seite -->

einschließlich des Sonnborner Kreuzes. Im Bayerwerk selber wird dann kein Krankenrettungswagen mehr stationiert sein.

Bayer wäre mit einem Schlag Kosten in Millionenhöhe für Personal, Wagen und Geräte los. Geld, das bisher für die Sicherheit der bei Bayer Beschäftigten und deren Anwohner sinnvoll und notwendig eingesetzt war. Diese Kosten müssten dann von der Stadt Wuppertal getragen werden.

Nach der letzten Beinahekatastrophe und dem anschließenden Umzug der Pflanzenschutzproduktion in andere Werke hatte sich das Gefährdungspotenzial verringert. Deshalb wurde in den letzten Jahren die Personaldecke der Feuerwehr bereits kräftig reduziert. Nach der letzten Beurteilung durch den Regierungspräsidenten im Herbst 2002 dürfte sich das Gefährdungspotenzial allerdings nicht wesentlich verringert haben.

Die gleichen Motive sowie ein ähnliches Vorgehen kann bei der Bayer Kläranlage beobachtet werden. Um bei einem Privatunternehmen mit Millionengewinnen Kosten zu sparen, wird dem Wupperverband die relativ moderne Werkskläranlage für einige Jahre verpachtet. Einigen Mitarbeitern bietet der Wupperverband Stellen an, der Rest der Mannschaft ist Rationalisierungspotential. Bayer hat schlagartig keine Personal- und Sachkosten im Klärbereich mehr. Wenn der Wupperverband die eigenen Anlagen in ca. 3-4 Jahren auf neueste Technik gebracht hat, nimmt Bayer die Kläranlage zurück und reißt sie ab. Ein Unternehmen, das Gewinne macht aber keine Gewerbesteuer zahlt, dass Arbeitslose produziert und sich nicht an einer Ausbildungsoffensive beteiligt, dass durch Forschung und Produktion notwendige Kosten für Sicherheit und Umweltschutz auf die öffentliche Allgemeinheit abwälzt, ein solch Unternehmen verhält sich asozi-

Werkskläranlage:

Erst Verpachtung - dann Abriss?

Die Werkskläranlage wird nicht verkauft - wie in der letzten Ausgabe gemeldet-, sondern an den Wupperverband verpachtet. Dies bedeutet allerdings nicht, dass die Kläranlage nach Beendigung der Pacht weiterbetrieben wird.

Leider wurden den betroffenen Mitarbeitern nicht, wie versprochen, die beim Wupperverband zu besetzenden Arbeitsplätze vorgestellt und die Entgeltkonditionen erläutert. Dies geschah erst in den Vorstellungsgesprächen der Kollegen beim Wupperverband. Die Unternehmensleitung hofft natürlich möglichst viele Mitarbeiter an den Wupperverband abgeben zu können, ohne über den bekannten Rahmen hinaus eventuelle Verdienstaufschläge ausgleichen zu müssen.

Um die Forderung des Betriebsrats nach Weiterbetrieb der Kläranlage in Bayerregie ist es ruhig geworden. Es liegen weder dem Betriebsrat noch den Beschäftigten die angeforderten Unterlagen über Kosten, Einsparpotentiale sowie eine Bewertung möglicher Risiken vor.

al. Im diesjährigen Responsible Care Thema soll „Eigenverantwortung“ geübt werden. Was damit wohl gemeint sein könnte?

Die Belegschaftsliste in der Bayer AG fordert alle Beteiligten auf, anfallende Kosten für Arbeitsplätze, Sicherheit und Umweltschutz nicht auf die kommunale Allgemeinheit und damit auf alle Steuerzahler abzuwälzen.

Die Belegschaftsliste ist gegen eine Herabsetzung von Sicherheitsstandards und fordert die verantwortlichen Stellen auf, einer solchen Planung nicht zuzustimmen.

Glaubt die Mehrheit des Betriebsrates durch Aussitzen die anstehenden Probleme zu lösen?

Wir meinen, dass diese Untätigkeit dazu führen wird, dass sich noch nicht einmal Bedingungen für die Wechselwilligen verbessern lassen. Von einer Durchsetzung der ursprünglichen Forderung nach Weiterführung der Werkskläranlage in Bayer-Regie ganz zu schweigen.

Die Weiterbeschäftigungsgarantie seitens des Unternehmens für die betroffenen Kollegen beruhigt auch nicht wirklich, wenn man weiß, dass es in Elberfeld eigentlich keine freien Arbeitsplätze gibt. Deshalb besteht die Gefahr, dass vielleicht schon morgen im Rahmen einer „neuen Reboundmaßnahme“ Leute in den Mitarbeiterpool (bedarfsgerechte Einsätze) versetzt werden könnten.

Ohne Werkskläranlage wird der Produktionsstandort Elberfeld und die Arbeitsplätze der Beschäftigten nicht sicherer.



Betriebsräte der Belegschaftsliste; V.i.S.d.P. Margot Kellermann, Friedrich-Ebert-Straße, Haan

Klaus Annuß, PH-OP ELB WP Ö+S, Geb. 52, Tel. 7307;
Gonda Dörschelln, PH-OP ELB QW, Geb.302, Tel. 2816
Siegbert Hufschmidt, Betriebsrat, Geb.54, Tel. 7543
Björn Reitz, PH-OP ELB QW, Geb.302, Tel. 2765
Beatrix Sasermann, PH-R EU SID, Geb. 459, Tel. 4284

Michael Schmidt-Kießling, Betriebsrat, Geb.54, Tel.2546
Gabi Stallony, PH-R EU-CF (CWL), Geb. 460, Tel. 5519
Gerd-Peter Zielezinski, PH-OP-ELB Betr. 2/4 ,Geb 9, Tel. 2567
Erste Ersatzmitglieder:
Ulrich Franz, PH-R EU CF, Geb. 455, Tel. 4475
Ralf Hochwald, PH-OP ELB WP TR, Geb. 90, Tel. 7345

Die Belegschaftsliste im Internet: www.belegschaftsliste.de

Abschied mit System

Die spektakuläre Aktion auf dem SPD-Gebäude sei als »Startschuss für eine bundesweite Aufklärungs- und Protestkampagne« der Globalisierungskritiker zu verstehen. Weitere Aktionen und Veranstaltungen sind bundesweit geplant. Am 16.8., auf einer Frankfurter Aktionskonferenz mit über 150 Teilnehmern haben linke Gewerkschafter, ATTAC- Aktivisten und Anti-Hartz- Initiativen folgenden Aktionen, bzw. Schwerpunkte festgelegt:

Örtliche, dezentrale Veranstaltungen vom 20. bis 24. Oktober und

am 1. November eine Grossdemonstration in Berlin.

Diese Aktionen sind um so wichtiger, nachdem die IGM im Osten den Streik um die Arbeitszeitverkürzung verloren hatte. Denn die Arbeitgeber gehen mit ihren Forderungen in eine weitere Offensive. Arbeitszeitverlängerung (z.B. in NRW ist bei den Landesbeschäftigten die Verlängerung

von 38,5 auf 41 Std/Woche schon von der Landesregierung beschlossen) und geringere Verdienste sind vorerst die Ziele.

Zur Demo am 1. November organisiert die Belegschaftsliste Mitfahrgelegenheiten. Kosten für eine Busfahrt sind 25 Euro, für Bahnfahrt sind 44 Euro zu veranschlagen. Wer Interesse hat in Berlin mit zu demonstrieren gegen die Agenda 2010 meldet sich bitte!

Des Weiteren wird es vom Wuppertaler Sozialforum Veranstaltungen in Wuppertal geben, voraussichtlich am 18.10.2003, siehe auch www.wforum.org.

Die vom Bundeskabinett am 13.8.03 beschlossenen Änderungen auf einen Blick

- Der Eingangssteuersatz soll ab 2004 von 19,9 auf 15 Prozent und der Spitzensteuersatz von 48,5 auf 42 Prozent sinken. Das kostet den Staat etwa 15 Milliarden Euro, neben den anderen Mindereinnahmen von ca. 40 Mrd Euro durch Wegfall der Vermögenssteuer, Gewerbesteueränderung etc.
- Wegen des zukünftig niedrigeren Steuersatzes werden Steuervergünstigungen für Normalverdiener gestrichen oder verändert.
- Die Steuersenkung hört sich gut an, wird dann aber wieder über neue Wege den Normalverdienern weggenommen. Und weil die Steuersenkung z.T. über Staatsschulden finanziert wird, trifft es insbesondere die jüngeren Menschen. Im Folgenden sind die weiteren Änderungen aufgezählt (zusätzliche Verschlechterungen für Arbeitnehmer und Arbeitslose sind auch in vorherigen Gesetzen wie Hartz I, „Riesterrente“ usw. umgesetzt und sind hier nicht extra aufgeführt).
- Wegfall der Eigenheimzulage: Der staatliche Zuschuss für neue Häuslebauer soll von 2004 an ganz gestrichen werden. Nicht betroffen ist, wer bereits Förderung erhält.
- Einschnitte bei Entfernungspauschale: Wer bis zu 20 Kilometer täglich zum Arbeitsplatz fährt, kommt künftig nicht mehr in den Genuss von Steuervergünstigungen. Erst ab dem 21. Kilometer sollen von Finanzamt 40 Cent pro Kilometer Wegstrecke an gerechnet werden.
- Erziehungsgeld nur noch für Geringverdiener: Die Einkommensgrenzen für die Unterstützung von Eltern mit kleinen Kindern sollen angehoben werden.
- Allein Erziehende sollen hingegen einen neuen steuerlichen Freibetrag von 1300 Euro bekommen, im Gegenzug entfällt für sie der bisherige Haushaltsfreibetrag.
- Wegfall der Wohnungsbauprämie: Bürger mit weniger als 25 600 Euro Jahreseinkommen bekommen vom Staat, wenn sie Geld in einen Bausparvertrag stecken, eine Prämie von zehn Prozent der jährlichen Spareinlage. Diese soll es künftig nicht mehr geben.
- Weniger Urlaubs- und Weihnachtsgeld: Staatsdiener bekommen ab 2004 kein Urlaubsgeld mehr. Das Weihnachtsgeld für Pensionäre und Beamte schrumpft auf 50 bzw. 60 Prozent eines Monatsgehalts. (Vorreiter

Öffentlicher Dienst für die Privatwirtschaft)

- Stärkere Besteuerung für Land- und Forstwirte: Die Umsatzsteuer auf landwirtschaftliche Vorprodukte wie Futtermittel soll von sieben auf 16 Prozent steigen. Auch die Steuersubvention auf Dieselkraftstoff für Bauern soll künftig geringer ausfallen.
- Außerdem will die Regierung die Gewerbesteuer grundlegend reformieren, die künftig Gemeindefortschrittssteuer heißen soll. Danach sollen die Stadt- und Gemeindekassen im nächsten Jahr angeblich zusätzlich gut 2,5 Milliarden Euro einnehmen. Nach Berechnungen der Kommunen wird es jedoch keine Mehreinnahmen für sie geben (Mogelpackung der Bundesregierung). Lediglich eine Umverteilung wird stattfinden: Kleinunternehmen werden belastet, Grossunternehmen werden entlastet!



Weitere wichtige Änderungen:

- Freiberufler wie Ärzte, Steuerberater oder Rechtsanwälte, sollen künftig Gewerbesteuer zahlen. Der Umsatzsteueranteil, den die Gemeinden erhalten, soll von 2,2 Prozent auf 3,6 Prozent erhöht werden.
- Unternehmen dürfen ihre Ausgaben für die Gewerbesteuer nicht mehr als Betriebsausgabe bei der Einkommen- und Körperschaftsteuer vom zu versteuernden Gewinn abziehen.
- Mit der Arbeitsmarktreform greift die Regierung zwei weitere Vorschläge der so genannten Hartz-Kommission auf:
 - ▶ Arbeitslosen- und Sozialhilfe werden zu einem Arbeitslosengeld II zusammengelegt. Der Regelsatz für die neue staatliche Unterstützung soll im **Westen 345 Euro im Monat, im Osten 331 Euro monatlich** betragen. Wer das neue Arbeitslosengeld II bezieht, **soll künftig jede Arbeit annehmen müssen!**
 - ▶ Nicht Erwerbsfähige erhalten ein Sozialgeld, das dem Niveau der heutigen Sozialhilfe entsprechen soll.
 - ▶ Die Bundesanstalt für Arbeit wird zu einer Bundesagentur umgebaut. Damit werden Arbeitslose angeblich effizienter vermittelt (leider fehlen die offenen Stellen), Die Agenturen sollen dann etwa eine Million (Zahlen von jetzt!) erwerbsfähiger Sozialhilfeempfänger „betreuen“.

In der nächsten Belegschaftszeitung werden wir über die Gesundheits-„reform“ und den Weitergang, besser wäre über den Untergang der Agenda 2010 berichten.



Rente mit 120

Von der Arbeit in die Kiste: Die Rentenpolitiker der Regierung steuern zielstrebig auf gekürzte Altersbezüge oder ein Pensionsalter von 120 Jahren zu. Wem's nicht passt, der kann dagegen streiken. Aber wie soll das gehen ohne Arbeitsplatz?

Wie viele Todesopfer mag das Gerangel um die „Gesundheitsreform“ schon gefordert haben? Die Statistik schweigt. Fragen Sie Ihren Arzt oder Apotheker. Jüngster – ernstgemeinter! – Sparvorschlag: Allen Kassenpatienten über 65 sollen nur noch schmerz-lindernde Medikamente verordnet werden. Heilung lohnt bei 66-Jährigen nicht mehr. Ab auf den Schrott. Da wird auch die bereits beschlossene Streichung des Sterbegeldes logisch. Es geht den Herren, die in ihrer sauteuren Arbeitskleidung von Armani und Brioni angetreten sind, das Sparen zu lehren, nicht um Lebensrecht, Glück und Wohlergehen des einzelnen Menschen, sondern um Milliardensummen mit denen die Großmächtigen an den Börse und Staatshaushalt genannten einarmigen Banditen zocken.

Genauso geht es bei den Renten. Die Forderung nach einer kürzeren Lebensarbeitszeit ist menschenfreundlich und vernünftig, weil durch ihre Verwirklichung – daran hat bisher das spitzfindigste Gegenargument nichts zu ändern vermocht – Arbeitsplätze für Jüngere frei würden. Rürups Streichorchester jedoch steuert Pensionsalter von 67 an. Jeder Versicherungsmathematiker weiß, dass durch die seinerzeit verfügte Anhebung der Anspruchsgrenze auf 65 Jahre zusätzlich fast viereinhalb Prozent der Versicherten noch schnell vor dem Erreichen des Rentenalters wegsterben. Ein prima Spareffekt! Rabenvater Staat darf sich freuen: Sein ganzes Leben hat so ein doofer Arbeitnehmer Beiträge in die Rentenversicherung eingezahlt, jetzt will er Leistung – ätsch, ab in die Grube! Da kichert das Gemein-

„Sehr geehrte(r) Beitragszahler(in), Sie haben sich durch Ihr termingerechtes Ableben um die Sanierung der Staatsfinanzen verdient gemacht.“

sen. **Beim nächsten Finanzloch** werden die Finanz- und Wirtschaftsexperten der Blockparteien fraktionsübergreifend vermutlich eine Anhebung des Renteneintrittsalters auf 80 Jahre beschließen, das bringt noch mehr. Notfalls kann man später ja auch auf 120 Jahre steigern. Das wäre todsicher. So Stücker ein oder zwei Leute würden möglicherweise als Erlebnisse doch noch in den Genuss ihrer wohlverdienten Rente gelangen. Die beiden könnte man dann im Fernsehen gleich nach der Lotto-Show als Werbung für die Rentenversicherung auftreten lassen: „Kannste auch haben – mit ein bisschen Glück...“

Zuerst bleibt es wohl noch bei 80 Jahren. Als sozialverträgliches Ablebensalter wird 79 empfohlen. Natürlich: nicht übereifrig schon mit 78 1/2 in die Grube. Da fehlten denen ja die Beiträge. Dazu ein Kostenangleichungsgesetz, demzufolge die teuren Verblichenen noch ein halbes Jahr über ihr bedauerliches Ableben hinaus Pflichtbeiträge zu entrichten haben. Schließlich kostet Abwickeln auch Geld. Wer sich brav an das Ideal-Sterbedatum hält, bekommt eine vorge-

druckte Urkunde des Sozialministers an den Sarg geheftet: „Sehr geehrte(r) Beitragszahler(in), Sie haben sich durch Ihr termingerechtes Ableben um die Sanierung der Staatsfinanzen verdient gemacht.“ Zur Gegenfinanzierung dieser Sozialleistung wird der Arbeitgeberanteil an den Lohnnebenkosten gestrichen. Die Gegenfinanzierung der Gegenfinanzierung wiederum erfolgt über die Verdoppelung der Sozialabzüge des Arbeitnehmers.

Angesichts des zu erwartenden Proteststurms wird man aber zunächst als Kompromiss nur eine Übergangsegelung verkünden: „Rentner und ältere Arbeitnehmer müssen bei Rot über die Straße.“ Oder will uns Rürup aus Gründen der Sozialverträglichkeit etwa alle mit 67 Jahren erschießen lassen? Das würde sich sicher rechnen, aber einen schlechten Eindruck im Ausland machen und dem Export schaden. Also nicht.

„Als sozialverträgliches Ablebensalter wird 79 empfohlen...“

Man sollte etwas gegen solche Entwicklungen tun. Vielleicht dadurch, dass man zeitweise nichts tut. Befristet oder unbefristet. Gewerkschafter wissen: Wer jetzt nicht streikt, wird in einigen Jahren nicht mehr streiken können. Denn wie will jemand streiken ohne Arbeitsplatz? So einer kann dann nur zum Arbeitsamt gehen: „Heute nehm ich meine Stütze nicht. Kampfmaßnahme!“ Das wird wirken. Vor allem, wenn es bald sowieso kein Arbeitslosengeld mehr geben wird. Nach den Regeln der Leistungsgesellschaft werden Arbeitslose dann zum Arbeitsamt Geld mitbringen müssen, ARG (Arbeitslosenregistrierungsgebühr). Verblüffenderweise zeigt die Regierung bisher wenig Angst vor Streiks. Vermutlich sagt sie sich: „Es ist doch alles EU-mäßig geregelt – fürs Streiken sind nur Franzosen und Österreicher vorgesehen. Die Deutschen sind zuständig für Sozialabbau und Stillhalten, damit sie der Rente mit 80 näherkommen. – Oder? Das liegt an uns.“

(erschieden in Ver.di-publik, Sept.03)



Offensiv zur Teilzeit

Da wollen wir doch erst einmal nicht meckern: So manche Mutter wäre froh gewesen, wenn die Einsicht zur Umsetzung von Teilzeitwünschen schon immer so von der Bayer-Obrigkeit unterstützt worden wäre. Und mehr noch: Wer in Teilzeit wechseln möchte, kann dies jetzt sogar in einem „Schnupperquartal“ ausprobieren.

In den ersten 3 Monaten der nachfolgenden Teilzeit wird auch der Übergang aus der Vollzeit im Entgelt abgedeckt. Dies alles ist begrüßenswert.

Wir hoffen, dass die Umsetzung in den Abteilungen und Betrieben mit vergleichbarem Enthusiasmus geschieht.

Bayer-Vorstand Pott nennt die Beschäftigungssicherung als ein Ziel der Teilzeitoffensive. Dies, lieber Herr Pott, haben zum Beispiel die Beschäftigten bei PH-R Al im Zuge von Rebound erkannt und direkt praktiziert: Sie reduzierten ihre Arbeitszeit kollektiv, um so Arbeitsplätze für weitere Kolleginnen zu erhalten!

Leider aber ohne die jetzt mögliche Entgeltabfederung. Unser Vorschlag: Setzen sie ein offensives Zeichen und federn Sie die Entgeltverluste noch nachträglich ab.

Nur Mut, Herr Pott, die Belegschaft wird's honorieren...

Alle Jahre wieder

Einheitliches Schichtsystem

Es gibt mal wieder eine Initiative, diesmal vom Meisterkreis, zur Einführung eines einheitlichen Schichtsystems (eigentlich Schichtrhythmus) in den Produktionsbetrieben und in den Technika. Dies geschieht, wie man hört, auf Betreiben von „oben“. Bei Einführung des 5-Schicht-Systems ist den Kollegen, damals gab es nur Schichtkollegen, zugesichert worden, dass die MitarbeiterInnen eines jeden Bereichs sich einen Schichtrhythmus für ihren Betrieb aussuchen können. Der Betriebsrat hat in der Vergangenheit nur solchen Schichtrhythmen zugestimmt, die zuvor in einer Abstimmung von den MitarbeiterInnen ausgewählt wurden. Derzeit sieht der Betriebsrat auch keinen Handlungsbedarf. Meisterkreis-Teilnehmer, die als Betriebsratsmitglied diese Auffassung noch mitbringen, forcieren aber dennoch zeitgleich den Wunsch der Pharma-Produktionsleitung.

Die Verantwortlichen sollten wissen, dass die KollegInnen ihren gewohnten Schichtrhythmus behalten wollen. Schließlich hat es schon zig Befragungen zu diesem Thema gegeben.

Auch wenn es möglicherweise für ein paar Herren mit geringen Unannehm-

lichkeiten verbunden ist, dass es in Geb. 80 und 90 von den anderen Betrieben abweichende Schichtrhythmen gibt, darf das nicht dazu führen, dass alle zu einem einheitlichen Rhythmus verdonnert werden. Die SchichtkollegInnen müssen schließlich ihre Lebensabläufe auf den Schichtrhythmus abstellen. Eine Umstellung würde in vielen Fällen für sie eine nicht zu rechtfertigende Härte darstellen.

Die Belegschaftsliste sieht für einen solchen Schichtwechsel keinerlei Notwendigkeit, zumal die Ermittlung des Arbeitszeitsaldos bei einem Wechsel aus betrieblichen Gründen eine Sache von Minuten ist.

Oder ist an ein häufiges, vielleicht sogar tageweises Hin- und Herwechseln gedacht?

**Vielen Dank an alle, die mit Ihrer
Spende das Erscheinen dieser
Zeitung ermöglichen.
Unsere Konto-Nr.: 4760625,
Commerzbank Wpt.,BLZ
33040001, Kennwort :
Hochwald/Belegschaftsliste**

Tipp des Monats *

Möchten Sie gerne ihre Kollegen über besondere Dinge schnell informieren? Gratulieren Sie ihrem Chef auch zum Geburtstag oder Jubiläum? Nutzen Sie ihr E-mail-Programm effektiv, zweckgebunden und ausgiebig?

Dann beachten Sie bitte unseren ernstgemeinten Hinweis: Benutzen Sie nicht die Allgemein-Adressen wie „Notes-User-Elberfeld“ sondern beachten Sie unbedingt die Zusammensetzung Ihrer Adressaten. So wären für halb-persönliche Hinweise wohl spezielle Sammeladressen viel sinnvoller: „User-Elberfeld-OPAWL“ (OPAWL=ohne Personalabteilung / Werksleitung). Eifrige Personaler mögen z.B. elektronische Glückwünsche nicht und antworten völlig humorlos mit Abmahnungen – auch gegen den Willen von Vorgesetzten und Abteilungsleitern.

(* Satire)



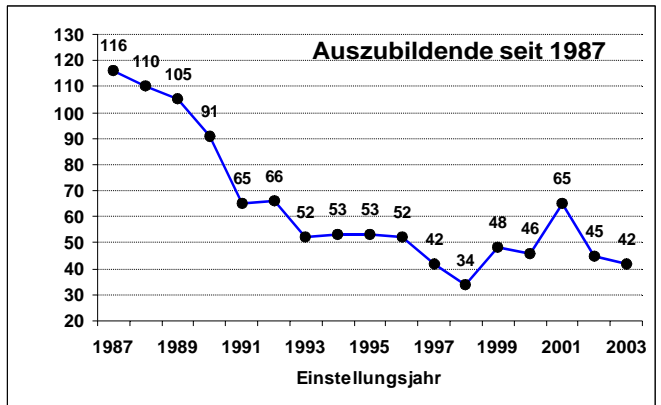
Berufsausbildung in Elberfeld weiter rückläufig

Wir begrüßen alle neuen Auszubildenden, für die der „Ernst des Lebens“ am 15.09.2003 begonnen hat und wünschen ihnen viel Erfolg und Spaß bei der Ausbildung.

Nachdem noch 2 Tierpfleger-Ausbildungsplätze bereitgestellt wurden, liegt die Zahl für dieses Jahr bei 42.

Wir meinen, in der momentanen Situation, in der tausende Schulabgänger noch keinen Platz gefunden haben, ist dies einfach zu wenig.

Bereits im April 2003 hatte die Belegschaftsliste wie auch der gesamte Betriebsrat die Bayer AG zur Erhöhung der Ausbildungsangebote, insbesondere in Elberfeld aufgefordert- Bayer bewegte sich nicht. Auch ein vom Betriebsrat gefordertes Starthilfeprogramm zur Ausbildungsvorbereitung ist noch immer nicht umgesetzt.



Firmenticket

Eigentlich ist alles klar: Über 50 Mitarbeiter haben ihr festes Interesse am Firmenticket bekundet, Bayer und die WSW haben bereits Gespräche aufgenommen. Einziger Streitpunkt bleibt die Frage der Bezahlung. Die WSW möchten gerne alle Firmentickets direkt mit Bayer abrechnen. Bayer müsste dann die Kosten über das Entgelt verrechnen – und das genau ist Bayer wohl zu teuer. Jetzt sollen die WSW überzeugt werden, die Ticketkosten direkt (z.B. über Lastschrift) bei den Kunden/Mitarbeitern einzufordern. Es wäre äußerst bedauerlich, wenn durch den Bayer-Bürokratismus ein ökologisch sinnvoller Umstieg auf öffentlichen Nahverkehr letztlich begraben wird.

Da eine Kündigung / Umwandlung „normaler“ Tickets im Abo noch bis zum jeweils 10. des Vormonats möglich ist, ist auch eine kurzfristige Umsetzung noch durchführbar.

Wer noch Interesse am Firmenticket hat, kann immer noch einsteigen: Wächst die Abnahme aller Tickets über 100, wird das Abo für alle direkt billiger.

Erfolgreiches Familienfest



Bunte Feuerbälle und Indiacas schwirren durch sommerliche Grilldüfte. Das 2. Familienfest der Belegschaftsliste am 3. August auf der Hardt in Elberfeld war wiederum ein voller Erfolg. Und dies lag nicht nur an der guten Verpflegung. Nach dem Bau von Drachen im vergangenen Jahr waren die Kinder von den selbsterstellten



Feuerbällen begeistert. Die gute Stimmung der „Kleinen“ ließ die großen Gäste bei diesen Temperaturen nicht kalt. Einhelliges Votum: Im nächsten Jahr gibt's wieder ein Familienfest.

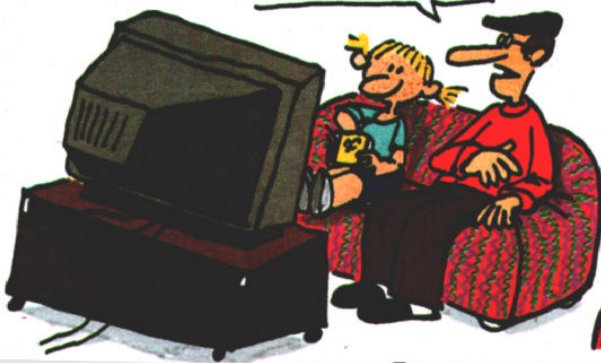


KOLLEGE KARL

Hartz-Kommission! Rürup-Kommission! Herzog-Kommission! Wenn die Parteien nicht mehr weiter wissen, gründen sie eine Experten-Kommission, damit die ihnen sagt, was sie machen sollen.

Warum wählt man denn dann überhaupt erst eine Partei und nicht gleich eine Kommission?

Gute Frage. Aber um sie zu beantworten, müsste man erst wieder eine neue Kommission gründen.



Eckhard Kauter